

Das Klagen scheint das Signum unserer Gesellschaft geworden zu sein.

Malte Buschbeck

Politikverdrossenheit

Von Politikverdrossenheit zu reden, gehört gegenwärtig zum guten Ton. Über die Ursachen dafür wird allerdings auf allen Sprach- und Argumentationsniveaus recht diffus gesprochen. Und selbst was wirkliche Malaise oder nur herbeigeredeter Übelstand oder gar nur Flucht ins öffentliche Jammern ist, weil sich unbestimmte Ängste und flotternde Unsicherheiten nun einmal an der Politik und an deren Personal am einfachsten abreagieren lassen, wird dabei keineswegs immer klar.

Der Bundespräsident hat in seinem Interviewbuch mit zwei Mitarbeitern der „Zeit“ eine gewaltige Portion offenen und schleichenden Unbehagens an den politischen Parteien festgemacht. Sie – die Parteien – sind – in Deutschland – aus der Sicht Richard von Weizsäckers „machtbesessen“ und „machtvergessen“ zugleich. In Weizsäckerscher Interpretation heißt das: sie nisten sich, desavouiert durch das Grundgesetz – siehe den extrem zurückhaltenden Art. 21 GG –, aber ermuntert durch das Parteiengesetz, auf allen Feldern der Gesellschaft ein, überwuchern als nicht vorgesehene „sechstes Verfassungsorgan“ alle anderen, sind aber vor lauter Machtverflechtung immer weniger fähig zu richtungweisender, orientierungskräftiger konzeptioneller Politik.

Sind die Parteien an allem schuld?

Wer die chronischen Koalitionshändel an den verfassungsmäßigen parlamentarischen Gremien vorbei oder – aus letzter Zeit – auch nur die burlesken Vorgänge um die Genscher-Nachfolge im Blick hat, an das kleinkarierte parteipolitische Feilschen bei der Besetzung leitender Positionen in Fernseh- und Rundfunkanstalten oder auch nur an so manche parteipolitisch eingefärbte Postenschieberei im kommunalen Bereich denkt, wird sich nicht sonderlich schwertun, dem Bundespräsidenten recht zu geben.

Von Weizsäckers Urteil über den Berufspolitiker („Generalist mit dem Spezialwissen, wie man den politischen Gegner bekämpft“) ist zwar um einiges übertrieben. Politiker müssen wie Medienleute auch von ihrer Aufgabe her

Generalisten sein. Auch die Ochsentour durch eine Partei vermittelt – existentielle und intellektuelle Sensibilität vorausgesetzt – mehr als nur taktische Fähigkeiten, wie man am besten den politischen Gegner niederringt. Und eine Demokratie lebt nun einmal zu einem guten Teil von Machtgebrauch und Machtwechsel. Also ist spezielles Wissen über die Art der Bekämpfung des politischen Gegners ein notwendiges Element politischer Tüchtigkeit. Doch ist in der präsidentiellen Charakterisierung des Berufspolitikers wenigstens die Pointe von reizvoller Wahrheit.

Aber spätestens bei der Feststellung, die Parteien huldigten nach dem Ende aller gesellschaftlichen Utopien der „Utopie des status quo“, sie betrieben vornehmlich Besitzstandswahrung und seien Bannerträger des „Vorteilsdenkens“, stockt man. Werden da die Parteien als gesellschaftliches Hauptelement politischen Lebens nicht überzeichnend an die Stelle der Gesamtgesellschaft bzw. der sie konstituierenden Organisationen gesetzt? Ist der von Weizsäcker beklagte Immobilismus vornehmlich nur in den Parteien zu finden, gar hauptsächlich von ihnen verursacht? Gibt es konsequentere Besitzstandswahrer als *Gewerkschaften*? Verhalten sich *Unternehmer* gerade in einer Zeit der Systemumbrüche und der neuen Chancenverteilung nicht auffallend risikoscheu? Selbst die *Kirchen* flüchten aus dem unsicher gewordenen Gelände der Seelsorge und den pluralen Orientierungsmärkten in die institutionelle Bestandserhaltung.

Schließlich: Lassen sich Parteien gerade aktuell nicht auch von einer ganz anderen Seite betrachten? Seit Jahren ist die Zustimmung zu ihnen, zumal zu den großen Volksparteien, rückläufig. Sie tun sich schwerer, Mehrheiten zu schaffen. Der Anteil der Nichtwähler steigt, Mehrheiten wechseln schneller, Regierungen werden rascher verbraucht. Und bei alledem ist Deutschland im Vergleich etwa zu südlicheren Ländern noch ein Hort von Stabilität und in Relation dazu trotz allem auch kein „Parteienstaat“.

Man könnte sagen: Dies sei eben die Antwort auf die besonders machtbewußt wie konzeptionslos agierenden

Parteien. Der Wähler könne sich in ihnen nicht wiedererkennen, sie besetzten Machtpositionen, entfernten sich aber immer mehr von den Bedürfnissen und den Erwartungen der Bevölkerung, und gerade so werde Parteiverdrießlichkeit zu Politikverdrossenheit. Aber offenbar haben Parteien zunehmend mehr Integrationsschwierigkeiten, Pluralität innen zu bündeln und von außen anzu ziehen. Hängt das nur damit zusammen, daß Parteien aus lauter Fettleibigkeit mit der „Bewegungsgesellschaft“ nicht mehr Schritt halten können?

Spuren obrigkeitsstaatlichen Denkens

Vermutlich sind es sehr viel stärker die Reibungsverluste einer aufgesplitterten, *überindividualisierten* und zugleich in ihrem Individualismus *überverrechtlichten* Gesellschaft, die politischen Immobilismus schaffen, und liegt das politische Hauptproblem gegenwärtig darin, daß Politik insgesamt (nicht nur Parteipolitik) an Führungskraft verliert, weil sie selbst Opfer der Bewegungsroutine einer verfetteten Interessengesellschaft wird und dies nicht offenzulegen wagt. Wer in den Kern des Problems vorstoßen will, muß also den agierenden Politiker wie die gesellschaftlichen Strukturen, in denen er agiert, wie den „Bürger“ mit seinen konkreten Erwartungen und Haltungen gleichermaßen in den Blick nehmen und dabei die Stimmung von der Lage wie die „konjunkturellen“ Beklemmungen von den langfristig und tiefer wirkenden Ursachen wohl unterscheiden.

Versucht man, ein wenig Ordnung in dieses Faktorendickicht zu bringen, so wird man zunächst die besondere aktuelle Lage, die nationale und internationale, nach dem Ende des Kommunismus und der Blöcke zu bedenken haben.

Wir leben in einer Periode sich vervielfältigender Komplikationen und neuer Unsicherheiten: Orientierungsverlust, Multiplizierung der Krisenherde, Unklarheit darüber, wie es weitergeht in Europa und erst recht auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, der sperrige Übergang von den Staatswirtschaften zur Marktwirtschaft, ein halbverdrängter, dafür um so grausamerer Bürgerkrieg vor der eigenen Haustür, Schwierigkeiten mit dem Aufschwung Ost im vereinten Deutschland mit spürbaren Auswirkungen auf den eigenen Geldbeutel, eine national wie international schwankende Konjunktur, die wenig Gutes verheißt. Man fühlt sich aufgestört in seiner Wohlstandsruhe. Man möchte die Probleme weghaben, die Politiker sollen es richten, richten es aber nicht und können es nicht richten, jedenfalls nicht so locker und so solide, wie man es sich vorstellt. Da sind *Schuldzuweisungen* besonders wohlfeil.

Zudem war unter dem Druck der Ost-West-Spannung und unter der Gefahr der atomaren Auseinandersetzung auf merkwürdige Weise alles einfacher. In der Konfrontation zwischen rotem Totalitarismus und liberaler westlicher Demokratie setzten sich gewissermaßen noch einmal die ideologischen Weltbilder des 19. Jahrhunderts fort, obwohl diese in ihrer Orientierungskraft längst ver-

braucht waren, Gut und Böse, Recht und Unrecht waren – wenigstens scheinbar – klar verteilt. Unter dem Schutz der offensichtlichen humanen Überlegenheit demokratischer Staatlichkeit konnten zugleich ohne großes Risiko die eigenen libertären Phantasien gepflegt werden, ohne daß diese „dem System“ wirklich etwas anhaben konnten.

Jetzt steht man konkurrenzlos da. Wertedebatten können nicht mehr abstrakt geführt werden. Jetzt wird deutlich, wie sehr sich die eigene Gesellschaft in den Haltungen ausdifferenziert, ja zersplittert hat und in ihrer Aktionsfähigkeit zugleich gehemmt ist. Die Krisensymptome werden mehr geahnt als durchschaut; ohne feste Orientierungspunkte – ablesbar zumindest an einem beschreibbaren Gegner – wird's unheimlich. Das Vertrauen in die Institutionen ist gebrochen, aber nichtsdestoweniger leichtgläubig. Da wächst das Mißtrauen. Was Wunder, daß es Politiker an erster Stelle trifft.

Neben diesen aktuellen, aber ans Mark der vom Bundespräsidenten postulierten „aktiven Bürgergesellschaft“ gehenden Umständen ist selbstverständlich ein viel banalerer Befund nicht zu übersehen.

Nicht alles, was sich als Politikverdrossenheit geriert oder als solche wahrgenommen wird, ist Ausdruck tiefen Zerwürfnisses. Politikverdrossenheit ist ja kein Phänomen von heute, sondern ein Dauerthema von zugegeben sehr wechselhaftem atmosphärischem Gewicht. Es mag eine oberflächliche, gewagte Theorie sein: Aber etwas im Bürgerverhalten muß sich aus dem *Obrigkeitsstaat* in die *Bürgergesellschaft* hinübergerettet haben. Die Obrigkeit ist weit und agiert doch hautnah. Ob von Gottes Gnaden oder durch demokratische Repräsentation legitimiert, ist sie doch leichter haftbar zu machen als alles andere, was es sonst in der Organisationsgesellschaft gibt. An ihr lassen sich deshalb alle Übel der Zeit besonders leicht festmachen und in den gewählten Repräsentanten personifizieren.

Geländespiele in der Erlebnisgesellschaft

Überdies, in einem Feuilleton dieser Tage war zu lesen: „Wir leben und arbeiten in einer Erlebnisgesellschaft, von den Zwängen des nackten Überlebens befreit, verlagert sich unsere Aufmerksamkeit auf die Ästhetisierung des Selbst.“ Das Selbst als Lebensstilkünstler ist bei Gott kein einfacher Träger der Bürgergesellschaft, und so landen wir über die Nebenwege sozialpsychologischer Banalitäten doch beim vermutlichen Kern des Problems: Der individualisierte, von sozialen Bindungen weitgehend emanzipierte, aber von der hohen Leistungsfähigkeit sozialer und staatlicher Einrichtungen besonders überzeugte Bürger ist äußerst anspruchsvoll in seinen *Erwartungen*. Seine Sensibilität wächst mit dem versorgungsstaatlichen Niveau. Er richtet sich seine Welt in der Konkurrenz einander widerstreitender Interessen und gespaltenen Meinungsbilder ein. Politik soll ihm diese Welt

garantieren, ihn dabei aber sowenig wie möglich stören. Unterm Strich kann solches aber nur in gegenseitiger Enttäuschung enden, weil Erwartung und Leistung hoffnungslos auseinanderfallen. Und wer sagt, daß solche gegenseitige Enttäuschung nicht tatsächlich an den Lebensnerv „bürgergesellschaftlicher“ Systeme geht? Zeigt nicht schon die Tatsache, daß Politiker gerade auf der strukturell bürgernahen kommunalen Ebene sich nach relativ kurzer Zeit aus ihren Ämtern – nicht allein wegen wirtschaftlichen Vorteils, sondern auch aus Resignation – abzusetzen beginnen und die Rekrutierung neuen politischen Personals zunehmend schwieriger wird, die Schärfe der inzwischen erreichten Gemengelage an? Zwischen den Strebsamen und Ehrgeizigen, die lukrativere und weniger exponierte „Lagen“ in der Wirtschaft bevorzugen, und solchen, die als Lebenskünstler von vornherein nicht mehr wollen als ihr privat abgesichertes Glück, bleibt wenig Raum für solche, die bereit sind, öffentliche Verantwortung wahrzunehmen und dafür auch das nötige persönliche Führungsprofil mitbringen.

Was aber dann? Eine Diagnose, den Sachverhalten nach vertraut, aber eine mit Sorge wegen der in ihren „menschlichen“ Grundlagen immer angefochtenen demokratischen Ordnung und eine ohne Aussicht auf heilkräftige Therapien? Nicht ganz. Dies zeigt schon die gegenwärtig in Gang gekommene Debatte. Einiges kann getan werden, zunächst tatsächlich von den Parteien. Auch wenn sie mehr noch als Gegenstand denn als Verursacher von Politikverdrossenheit einzustufen sind, es ist in ihrem eigenen Interesse und im Interesse eines stabilen demokratiepolitischen Gleichgewichts, daß sie ihren Ruf, „vermachtet“ und „verbonzt“ zu sein, loswerden. Vorsichtig werden in den Parteien selbst bereits Wege genannt. In doppelter Richtung: *Selbstbescheidung* und *Öffnung*.

Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Wer gibt schon Positionen, Einflußzonen, Pfründe, die er hat, gerne wieder auf. Und es ist auch nicht so, daß geräumte Positionen von herausragenden vopolitischen Potenzen mühelos aufgefüllt würden. Wenn heute aus dem vopolitischen Raum weniger kommt als in früheren Jahrzehnten und „der Geist“ sich greinend oder resignierend versteckt, ist das dann die Folge davon, daß die Parteien alles besetzt halten, aber mit dem, was sie besetzen, im Sinne politisch-geistiger Führung nichts anfangen können? Oder sind die organisierten wie die nichtorganisierten Kräfte im vopolitischen Raum nicht von ähnlichen Integrations-, Artikulations- und Orientierungsproblemen befallen wie die Parteien auch? Dennoch, in Verwaltungsräten von Städtischen Sparkassen, auch in Rundfunkräten und erst recht in Fernsehredaktionen haben Parteien als Parteien wenig zu suchen.

Noch wichtiger ist die Öffnung hinein in die Pluralität der Gesellschaft, nicht bloß bei der Diskussion über politische Konzepte und Sachthemen, sondern noch mehr bei der *Auswahl von Kandidaten*. Nur so könnte sie heute Transmissionsriemen aus der Gesellschaft in die Politik

sein. Parteien agieren immer noch nach den ideologischen Mustern des 19. Jahrhunderts. Das hat sich überlebt und kann durch keine Organisation mehr aufgefangen werden. Die Antwort kann nur heißen: Reparlamentarisierung der Politik, Parteien in erster Linie als Veranstalter von Wahlen, Wahlen aber noch stärker als Personalplebiszit. Insbesondere die großen Volksparteien werden vermutlich nur so überleben können. An ihrem Überleben und an ihrer Mehrheitsfähigkeit hängt aber zu einem guten Teil die Stabilität demokratischer Verhältnisse. Das sollte uns ein neues Nachdenken über das *Mehrheitswahlrecht* wert sein.

Aber Parteien sind nicht alles. Wichtiger noch wird die Entwicklung eines *politischen Führungsstils*, der diesen Namen verdient. Der Bundespräsident hat etwas sehr präzise umschrieben, wenn er feststellt, Politik neige heute dazu, demoskopisch „in die Gesellschaft hineinzuhorchen, dort die erkennbaren Wünsche zu ermitteln, daraus ein Programm zu machen, dieses dann in die Gesellschaft zurückzufunken und sich dafür durch das Mandat für die nächste Legislaturperiode belohnen zu lassen“.

Es braucht eine Streitkultur

In einer versorgungsstaatlich verwöhnten, mental auf Anspruchswachstum getrimmten Gesellschaft, in einer Situation, in der die Leute „der Politik“ und „den Politikern“ im wahrsten Sinne alles zutrauen und deswegen ihnen so gut wie in allem mißtrauen, reicht solche Politik der Bedürfnisbestätigung nicht. Weiter hilft der Widerspruch. Nur er bringt Debatten voran und leistet Aufklärung. Wer solche Streitkultur wirklich wagt, führt politisch, damit auch geistig, er muß sich um geistige Führung dann nicht noch einmal extra bemühen.

Politikverdrossenheit wurzelt aber gerade dort, wo sie Gründe hat, traditionell mehr noch in den Strukturen als in den handelnden Personen. Im Zeitalter der Großbürokratien mit ihrem oft entnervenden und Energien vergeudenden Regelwerk ist Großräumigkeit ohne Strukturen nach strengen Grundsätzen der Subsidiarität für das Verhältnis Bürger – Staat Gift. „Small“ ist nicht „beautiful“, aber irgendwo brauchen Menschen überschaubare Verhältnisse, müssen verwurzelt sein, sich mit Erkennbarem identifizieren können, sonst wächst die Angst vor dem anonymen Moloch, dann hilft auch das Prinzip der Repräsentation durch Wahlen nicht mehr. Kommunale Selbstverwaltung, föderale Staatlichkeit, Autonomie in kulturell eigengeprägten Räumen – das sind Elemente, die politische Ordnungen überschaubar, in Grenzen erlebbar machen. Je zentrierter und je weiter weg die Entscheidungszentren, um so angsterregender wirken sie, um so mehr instinktive Abneigung schaffen sie. Eurokraten, ob ihnen nun Maastricht zu weit oder zu wenig weit geht, seien gewarnt. Die neuen Zeichen von Europhobie sind nicht allein Ausdruck stammesbedingter Provinzialität, sondern auch eine Spiegelung von Ängsten vor politischer Entfremdung.

David Seeber